

Die Forderung nach einem Existenzgeld ist eine internationale Forderung der Armen und Ausgebeuteten

**Für das Recht auf eine menschenwürdige Existenzsicherung -
Argentinien, BRD, Brasilien, Frankreich, Österreich, Spanien, Schweiz**

- I. Die Forderung nach einem Existenzgeld ist eine **internationale Forderung der Armen und Ausgebeuteten**. Sie wird in der BRD, in Italien in den Centri Sociali, in Frankreich, in Spanien, inzwischen in der Schweiz und in Österreich diskutiert. Wir wissen, dass auch die ArbeiterInnen in Marokko, die um ihr Leben Kämpfenden in Kolumbien, Menschen in Uruguay und Argentinien über eine Existenzsicherung diskutieren. In Brasilien sind sogar Formen eines bedingungslosen Grundeinkommens bereits eingeführt worden. In Namibia und Südafrika soll es erste Vorschläge geben.
- II. Den Debatten in Spanien, der BRD, der Schweiz und Argentinien ist gemeinsam, dass die Forderungen von armen, bedürftigen und prekär Arbeitenden und Lebenden nach einer Renta basica, einem Existenzgeld oder einer ausreichenden Existenzsicherung **durch Selbstorganisation aus Unmutsbekundungen, Protesten, Asambleas, Demos, Armutstribunalen, politischer Organisation und Intervention, Hungerstreiks und Straßenblockaden erwachsen**, so Eingang in die öffentliche politische Diskussion finden und zu gesellschaftlichen Veränderungen führen. Unterschiedlich ist der Entwicklungsstand der Forderungen hinsichtlich dessen, ob es sich ausschließlich um monetäre Leistungen des Staates handelt oder Naturalleistungen Arbeitsförderung, soziale und öffentliche Infrastruktur beinhaltet.
- III. **Die spezifische sozial-ökonomische Situation von Erwerbslosen und Bedürftigen** ist der Ausgangspunkt ihrer Proteste und ihrer politischen Forderungen. Die Renta basica der spanischen Koordination BALADRE nimmt alle Kritiken an der derzeitigen sozialen Situation auf und zeigt, wie ihr Konzept zu einem bedingungslosen Grundeinkommen als politisches Transportmittel zur Erreichung einer anderen Gesellschaft eingesetzt werden kann. Die SchweizerInnen betonen, dass nicht für alle Milch und Honig fließen. Den argentinischen Piqueteros blieb seit 2001 zum Überleben gar nichts anderes übrig als die Straßen zu blockieren, um auf ihre unerträgliche soziale Lage aufmerksam zu machen. Die Einbindung ihrer politischen Forderungen in eine teils selbstorganisierte Arbeitsförderung erwies sich zunehmend als eine Sackgasse. Die deutschen Bedürftigen, Erwerbslosen und zunehmend auch die Erwerbstätigen sind sich gegenwärtig nur einig, dass das Sozialeinkommen nicht zum Leben noch zur gesellschaftlichen Teilhabe ausreicht, für ein ausreichendes, individuell garantiertes, bedingungsloses Existenzgeld für alle streiten nur wenige.
- IV. **Sozialdemokratische oder liberale Regierungen machen neoliberale Politik zugunsten der Konzerne**. Die Bedingungen in Spanien, Argentinien, in der Schweiz und der BRD sind durch hohe und weiter anwachsende Arbeitslosigkeit sowie von zunehmender Privatisierung, dem Abbau sozialer Standards, nicht existenzsichernder Mindestlöhne, dem Abbau von demokratischen und sozialen Rechten und extremer Armut für große Bevölkerungsgruppen geprägt. Wenn Erwerbslose und Bedürftige ihre Rechtsansprüche auf Leistungen geltend, werden sie von der herrschenden Politik als Schmarotzer mit unzeitgemäßem Anspruchsdenken diskreditiert. Die völlig abwegige „Arbeit über alles“ - Ideologie forciert hasserfüllte, z. T. rassistisch geprägte öffentliche Sozialneid-Tiraden v.a. gegen Erwerbslose, Bedürftige und MigrantInnen durch Arbeitgeber, Vermögende, Politik, zum Teil durch Gewerkschafter, regulär Beschäftigte und Rechtsradikale. In allen Ländern wurde die Parole „den Gürtel enger schnallen“ ausgegeben. Seit zwanzig Jahren führte dies zum Abbau von Sozialleistungen und zur Brutalisierung der sozialen Beziehungen in Europa, Amerika, Asien, Australien und Afrika.
- V. Bedingungsloses Grundeinkommen wird in vielen Ländern der Welt von Ausgegrenzten, **aber auch von Regierungen als eine praktisch mögliche Handlungsstrategie aufgegriffen**. Ausgangspunkt ist dabei der massenhafte Ausschluss ganzer Bevölkerungsteile von existenzsichernder Erwerbsarbeit und von Sozialleistungen bzw. unzureichende Sozialleistungen. Erwerbslose und Bedürftige in strenger und dauerhafter Armut protestieren dagegen in Argentinien, Italien, Kolumbien, Chile oder Uruguay. Auch in Afrika - z.B. Marokko, gibt es Debat-

ten zur Existenzsicherung. In drei Distrikten in Spanien ist ein bedingungsloses Grundeinkommen bereits eingeführt. In Südafrika und Namibia wurden Projektstudien für Grundeinkommen angefertigt. In Brasilien unter dem sozialdemokratischen Präsidenten Lula findet bedingungsloses Grundeinkommen etappenweise den Weg zur Armutsbevölkerung.

- VI. **Vorformen von allgemeiner Existenzsicherung** gab es in den ehemals sozialistischen Ländern, z. B. die für alle gleichermaßen zugängliche und kostenlose soziale Infrastruktur. Gründe für existenzielles Einkommen waren z. B. unzureichende Rentenansprüche wie in der DDR zuerst 240 Mark/ DDR und später 340 Mark/ DDR für RentnerInnen. Vorformen des existenziellen Einkommens waren in der damaligen Sowjetunion Bezugsscheine für Lebensmittel und Konsumgüter. Aufgrund der überwiegenden Einstellung von Produktion und Arbeit wegen des schlagartigen Versorgungsausfalls mit Rohstoffen und Halbfertigfabrikaten aus den ehemaligen sozialistischen Ländern wurde 1990 auf Kuba die Libretta eingeführt. Sie ist eine pauschale Leistung aus Naturalien (z. B. 1 Kilo schwarze Bohnen, x kg Reis, 1 Fl. Öl pro Monat u. a.) und Konsumgütern (Seife, Zahnpasta u.ä.). Bis heute gibt es dort allgemein für alle zugängliche kostenlose Bildung, Gesundheitsversorgung sowie Kultur. Letzteres existiert auch in China, allerdings überwiegend in den Megastädten.
- VII. In unterschiedlicher Ausprägung und Priorität ist die Forderung nach einer allgemeinen gleichen Existenzsicherung **verknüpft mit solidarischen Gleichstellungsforderungen** für MigrantInnen, Flüchtlinge und AsylbewerberInnen, mit gesetzlichen, zum Leben ausreichenden Mindestlöhnen, Arbeitszeitverkürzungen auf Kosten der Kapitaleigner und Vermögende (hier vor allem Überstundenreduzierungen) sowie infrastrukturellen Verlangen und Verteilungsfragen. Grundsätzlich wird „Arbeit um jeden Preis“ abgelehnt, von vielen das traditionell gewerkschaftliche „Recht auf Arbeit“ wider die Massenerwerbslosigkeit verlangt.
- VIII. Bedingungsloses Grundeinkommen in der Umsetzungsvariante **entwickelt sich definitorisch vor Ort, in der Kommune, in der Region weiter**, wie in Spanien ersichtlich. Denn herrschende Politik und Verwaltungen nutzen Schwachstellen im Konzept zur eigenen, gegen die Bedürftigen gerichteten Interpretation. Die spanischen Rentas basicas sind deshalb regional verschieden. Form und Inhalt des bedingungslosen Grundeinkommens muss es in den verschiedenen Ländern an die jeweils aktuellen gesellschaftlichen Bedingungen ständig angepasst werden. Diese konkrete Entwicklung widerspricht einer Vorstellung von „globalen sozialen Rechten“, deren Akklamation als Grundlage für eine globale Umsetzung verstanden wird.
- IX. **Die Herrschenden versuchen, sich den Begriff des Bedingungslosen Grundeinkommens anzueignen und mit eigenen Inhalten zu füllen.** Ausdruck dessen sind „Red renta basica“, private Arbeitslosenversicherung, Schröders Grundversorgung, das gepriesene Bürgergeld in verschiedenen Facetten, die negative Einkommenssteuer oder die Sozialdividende.
- X. Bedingungsloses Grundeinkommen **entwickelt sich aus den Debatten** um das Arbeitsethos, um die Dauer und Länge der Arbeitszeit, um die Formulierung der Bedarfe dessen, was der Mensch zum Leben, zur gesellschaftlichen Teilhabe und zum umweltbewussten Handeln benötigt. Sie erwächst **aus dem Streit** um ein „Recht auf Arbeit“ oder ein „Recht auf Existenzsicherung“ oder weiteren Möglichkeiten der Ausgestaltung eines erfüllten Lebens in Verbindung mit **den Erfordernissen** aus Erwerbslosigkeit, Erwerbsunfähigkeit und Arbeitsverboten. **Praktische Erfahrungen** aus sozialer Ökonomie zur Daseinbewältigung (z. B. Tauschringe, Kommunen, Umsonstläden, Infopuntos, Volksentscheide, Stadtteilläden, Land- und Hausbesetzungen, Sozialticketkämpfen) bereichern die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen ebenso wie das Bewußtsein der Ausgebeuteten, dass sie für ihre eigene Geschichte kämpfen müssen. Die gewonnene Erfahrung im Kampf für ein bedingungsloses Grundeinkommen ist praktische Solidarität der Armen und Ausgegrenzten mit den Erwerbsarbeitenden. Denn sie zeigt, wo ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn und allgemeine Arbeits- und Lebensbedingungen ansetzen muss.